



NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 16.02.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:45



Anwesenheitsliste

CDU

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Vertreter von Herrn Dr. Bals

Peter Lerch

Rolf Morio

SPD

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Vertreter von Herrn Scharhag

Prof. Peter Leiner

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Jürgen Bibus

Vertreter von Frau Baumstark

Bernhard Eck

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Markus Seither

Alexander Siegrist

Schriftführer/in

Kristina Bollinger

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals

entschuldigt, vertreten durch Herrn Hott

SPD

Günter Scharhag

vertreten durch Herrn Dr. Kopf

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Breitbandausbau des Stadtgebietes Landau in der Pfalz sowie den Stadtdörfern;
Berichterstattung durch Herrn Jürgen Wolf (Regio-Manager der Telekom Deutschland GmbH)
3. Breitbandausbau des Stadtgebietes Landau in der Pfalz durch die Telekom Deutschland GmbH
Vorlage: 100/188/2016
4. Ausweitung der Außenbewirtschaftungszeiten von 14. Mai bis 17. September 2016 an Samstagen und vor Feiertagen bis 24 Uhr
Vorlage: 320/072/2016
- 4.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ausweitung der Sondernutzung für Außenbewirtschaftung
Vorlage: 101/308/2015
5. Bericht zur Arbeit des Zweckverbandes Eurodistrict PAMINA durch Herrn Dr. Harster und Herrn Siebenhaar
6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohner stellten keine Fragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Breitbandausbau des Stadtgebietes Landau in der Pfalz sowie den Stadtdörfern; Berichterstattung durch Herrn Jürgen Wolf (Regio-Manager der Telekom Deutschland GmbH)

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Jürgen Wolf, Regio-Manager der Telekom Deutschland GmbH, der über das aktuelle Vorhaben zum Thema Breitbandausbau in der Stadt Landau in der Pfalz und den Stadtdörfern informieren werde. Im Nachgang zu dem Vortrag sei eine Sitzungsvorlage vorbereitet worden, um den weiteren Weg zu verabreden. Er übergab das Wort an Herrn Wolf.

Herr Wolf bedankte sich für die Einladung.

Anhand seiner Präsentation wolle er das weitere Vorhaben erklären.

Das schnellere Netz werde benötigt, da eine Stadt mit rund 50.000 Einwohnern im Jahr 2015 genauso viel Datenverkehr produzierte wie vor 18 Jahren der ganze Erdball. Man prognostiziere für die kommenden Jahre alle 1-2 Jahre eine weitere Verdoppelung der Datenraten über die Netze. Gegenüber den Datenraten stehe das Telefonnetz der Telekom. Die jetzigen Netze seien für schnellere Übertragungen noch nicht ausgelegt, da diese über die bestehenden Kupferkabel gedämpft und dadurch gebremst werden. Das Vorhaben sei nun, die größten Anteile der Kupferkabel in Landau zwischen der Betriebsstelle und dem Kunden durch Glasfaser zu ersetzen. Neu werde, dass parallel zum Kupferkabel, die Kabelverzweiger (nachfolgend KVZ) mit Glasfaser angefahren werden. In diesem Rahmen werden die Kupferkabel durch Glasfaserkabel ersetzt. Der komplette „Glasfaserausbau bis ins Haus“ (FTTH („Fiber to the Home“) Ausbau) sei die ideale Lösung, aber derzeit nicht durchführbar. Vor ca. 2-3 Jahren gab es einige Pilotversuche wie beispielsweise in Frankenthal, bei denen „Glasfaser bis ins Haus“ angeboten wurde. Hierbei konnte kein Bedarf der Kunden festgestellt werden, da die Hausverkabelung eine zu große Veränderung für die Kunden darstellte. Dieser Ausbau werde in den nächsten 10-20 Jahren angestrebt, stelle aber auch einen hohen finanziellen Aufwand dar. Deshalb habe die Telekom die Vorstufe, den Glasfaserausbau zunächst bis zum KVZ-Kasten auszubauen, angestrebt. Damit könnten Höchstgeschwindigkeiten von 55 MB/Sekunde erreicht werden. Neben der Glasfaservernetzung werde des Weiteren „Vectoring“ eingesetzt. Dadurch werden die elektromagnetischen Störungen ausgeglichen. Vectoring sei eine Software, die die Dämpfung von Kupferkabel überliste. Mit dem heutigen Stand können dadurch 50 MB auf 100 MB für den Download und 40 MB für den Upload erhöht werden. Bis 2018 soll das Vectoring zu „Supervectoring“ weiterentwickelt werden. Dann solle eine Downloadgeschwindigkeit bis zu 250 MB/Sek möglich sein. Die Aufrüstung zu Supervectoring wird im Rahmen einer Software weiterentwickelt, die sich im KVZ befindet. Für den Glasfaserausbau werden die KVZ neu aufgebaut und erstellt werden. Er erläuterte den Inhalt sowie den äußerlichen und innerlichen Aufbau anhand seiner Präsentation.

Derzeit befinde man sich bezüglich dem Aufbau der KVZ in Genehmigungsphasen. Neu sei des Weiteren, dass über diese Leitungen auch hoch qualitatives Fernsehen möglich sein werde. Wenn der Ausbau fertig sei, habe die Stadt Landau ein schnelles und modernes Hochgeschwindigkeitsnetz. Für die Verbraucher sei von Vorteil, dass nur noch ein Anschluss für Telefon, Fernsehen und Internet erforderlich sei. Die Deutsche Telekom baue diskriminierungsfrei aus; dies bedeutet, dass jeder Wettbewerber sich in das Telekomnetz einmieten könne. Demnach hätten Verbraucher eine größere Auswahl bei dem Leistungsbezug verschiedenster Provider. Er bedankte sich für die gute Abstimmung mit der Stadt. Wichtig sei, die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren. Er erläuterte die interne Planungskarte mit den Anschlussbereichen. Das komplette Ortsnetz von Landau incl. die Stadtdörfer (Vorwahlbereich 06341) werde ausgebaut. Die Berichterstattung der Tagespresse, dass Wollmesheim und Nußdorf nicht ausgebaut werden, sei eine Fehlinformation. Wenn kein Ausbau vorgesehen sei, resultiert dies daraus, dass nur wenige Kunden über den KVZ angeschlossen seien. Ein dortiger Ausbau würde sich für die Telekom betriebswirtschaftlich nicht rentieren. Im ganzen Stadtgebiet seien dies allerdings nur 3 bis 4 Standorte (von 100), die zur Frage stünden.



Die Telekom habe den Zuschlag bei der Bundesnetzagentur für das Vectoring erhalten. Dies bedeutet, dass das Vectoring innerhalb eines Jahres (2016) gebaut, in Betrieb genommen sowie fertiggestellt werde.

Der Vorsitzende bedankte sich für den interessanten Vortrag. Erfreulich sei nun, dass Wollmesheim sowie Teile von Nußdorf ebenfalls ausgebaut werden. Es würden Lösungen gefunden werden für die Teile, die nicht ausgebaut werden. Er sei froh, dass die Gespräche bei dem wichtigen Thema vorangegangen seien.

Ratsmitglied Dr. Kopf merkte an, dass es sehr lange gedauert habe, bis das Thema angegangen wurde, deshalb sei er nun erfreut, dass es vorwärts ginge. Vor 5-7 Jahren hätte eine ähnliche Information der Telekom stattgefunden. Damals sei schon von Vectoring die Rede gewesen. Er erklärte, dass im Stadtteil Mörzheim bereits Gespräche mit der Fa. Inexio mit entsprechenden Vertragsentwürfen im Gange seien. Die Fa. Inexio sei im Stadtteil Dammheim bereits zum Zuge gekommen. Er fragte nach, ob es für den Endkunden Vorteile gäbe, wenn die Glasfasern durch die Telekom verlegt werden würden und ob die Fa. Inexio noch am Drücker sei. Im Rahmen des Glasfaserausbaus auf Höhe der Fa. Hofmeister wurde damals bereits nachgefragt, ob die Ortsteile Wollmesheim und Mörzheim mit berücksichtigt werden könnten. Damals wurde dem zugestimmt.

Herr Wolf erwiderte, dass die Telekom keinen Ausbau ermögliche, sofern ein anderes Unternehmen wie die Fa. Inexio einen Ausbau anstrebe.

Herr Siegrist ergänzte, dass ein Ausbau durch die Fa. Inexio bereits bei der Bundesnetzagentur angemeldet wurde und deshalb die Telekom bei Mörzheim außen vor sei.

Der Vorsitzende betonte, dass Verträge mit der Fa. Inexio für Mörzheim bereits unterschriftsbereit seien.

Ratsmitglied Lerch befürworte die positiven Botschaften. Er fragte nach, was von der Stadt erwartet und auf die Stadt oder Privathaushalte Kosten zukommen werden und welche logistischen Unterstützungen erforderlich seien.

Herr Wolf bejahe dies. Es seien Unterstützungen durch die Stadt in Form von Aufklärungsarbeiten (Bürgerveranstaltungen) über die Maßnahmen erforderlich. Beispielsweise könne im Zusammenhang des Baubeginns auch ein symbolischer Spatenstich veranstaltet werden. Auf die Bürger werden keine einmaligen Kosten zukommen und auch keine Preiserhöhungen. Die Kosten würden sich bei Interessenten bei einer Downloadgeschwindigkeit von 100 MB und Upload Geschwindigkeit von 40 MB auf monatliche 44,95 Euro belaufen. Bei Zusatzleistungen wie z.B. dem Fernsehen kämen monatlich nochmals 5,00 Euro hinzu.

Ratsmitglied Lerch fragte nach, ob man für die Verlegung der Glasfaseranschlüsse in das Erdreich bohren müsse.

Herr Wolf bejahte dies im Rahmen der Gehwege. Allerdings würden eigene Leerrohre oder ähnliche Kapazitäten genutzt werden. Sofern die Stadt welche besitze, würde die Telekom diese Rohre anmieten. Dies sei auch Voraussetzung für Vectoring. Die offene Bauweise werde auf das aller Notwendigste reduziert.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bat der Vorsitzende um Sammeln der Fragestellungen.

Ratsmitglied Hartmann monierte, dass er privat bereits vor einem Jahr ein Angebot von der Telekom von 25-50 MB bekam. Die Installation funktionierte damals nicht. Er fragte nach dem Unterschied zwischen dem technologischen Vectoring und dem bisher angebotenen Vectoring.



Ratsmitglied Freiermuth fragte nach, ob für Mörzheim ein Nachteil bestehe, wenn die Verträge mit der Fa. Inexio abgeschlossen werden und ob zusätzliche Kosten für Bürger zukommen werden. Außerdem fragte er nach, welche KVZ nicht angefahren und wann das Verfahren der Erhöhung von 100 auf 250 MB angewandt werde. Er hakte nach, ob dies nur durch die Telekom oder auch durch Konkurrenzunternehmen angeboten werde.

Ratsmitglied Wagner bedauere die Vorstellung, da in der Zukunft Glaserfaser bis ins Haus benötigt werde. Er fragte nach, ob die Mitversorger ausgeschlossen werden, da die KVZ mit Vectoring dann nicht mehr mietbar seien. Mitbewerber würden so aus dem Vertrag verdrängt werden. Deshalb müsse komplett und zeitgleich umgestellt werden. Dies stelle einen Verlust bei privaten Haushalten im Rahmen der Auswahl der Versorger dar, die kein Interesse an der Telekom haben. 100 MB seien nicht mehr „up to date“; 200 MB aufwärts seien die Zukunft. Die Telekom würde als Marktführer mit höchster Präsenz Glasfaserprodukte anbieten. In der Pilotzeit von Frankenthal war dies jedoch durch die Telekom selbst nicht möglich, weshalb auch kein Kunde das Angebot richtig annehmen konnte.

Ratsmitglied Eichhorn fragte zum Stadtteil Nußdorf, welche Teile ausgebaut werden.

Hr. Hepp, Stellvertretender Ortsvorsteher Stadtteils Arzheim, merkte an, dass sehr viele Bürger bei Alternativen Anbietern Leistungen in Anspruch nehmen würden. Er fragte nach, welche Bereiche nicht angeschlossen werden und ob lokale Betriebspartner, die Möglichkeit haben, ihre Produkte anbieten zu können.

Herr Wolf erläuterte, dass dies qualitative Probleme mit sich bringen könnte. In Deutschland sei die Telekom Qualitätsführer im Betreiben und Bauen von Netzen. Die Telekommunikation sei diffiziler als beispielsweise ein Strom- oder Wasseranschluss. Deshalb seien nicht funktionierende Anschlüsse möglich. Gerne nehme er sich der Problematik von Herrn Hartmann an. Derzeit befinde man sich mit dem VDSL in einem funktionierenden Bereich zwischen 20 und 50 MB. Diese Anschlüsse seien von einem Vectoringausbau derzeit ausgeschlossen. Die Nahbereiche werden vom Netzausbau nicht profitieren, da sie bisher schon am besten versorgt wurden. Dort werde das Thema vermutlich nach einem Jahr eingeschaltet.

Zum Thema Inexio als Wettbewerber in Mörzheim möchte er sich nicht äußern, da bereits entsprechende Vorverträge geschlossen wurden. Vom Grundsatz her schalte sich die Telekom nicht ein, sofern ein Wettbewerber bereits den Ausbau anstrebe. Dadurch kann es passieren, dass der Kunde schlechter fährt, da die Ausbaumöglichkeit reduziert werden könne. Das Thema „Supervectoring“ werde automatisch aufgeschaltet. Vectoring sei Technik der Telekom, diese weiterentwickelt und intern vorangetrieben werde. Die Fa. Inexio baut diese Technik ebenfalls. Inwieweit die Fa. Inexio die Technik betreibe, könne er keine Aussage treffen.

Welche KVZ derzeit nicht ausgebaut werden, könne er derzeit keine Aussage treffen. Die Telekom arbeite in Absprache mit der Stadtverwaltung Landau und werde sich einer Problemlösung annehmen. Das Land habe viele Millionen Euro für den Ausbau zur Verfügung gestellt. Hier gäbe es also Fördermöglichkeiten, diese KVZ auszubauen.

Zum Thema Wettbewerbsbeschränkung durch Vectoring erklärte er, dass Vectoring nur ein Anbieter betreiben könne. Die sogenannten Teilnehmer-Anschlussleitungen können dann nicht mehr bestehen. Die Bundesnetzagentur sowie die EU haben alles geregelt, dass Wettbewerb weiterhin herrsche. Eine Einmietung im Netz könne weiterhin erfolgen. Hinzu käme, dass derzeit ein Router-Produkt entwickelt werde, damit Wettbewerber mehr Gestaltungsmöglichkeiten für ihr Produkt haben. Dies sei derzeit in der Genehmigungsphase bei der EU.

Ministerpräsidentin, Fr. Dreyer, habe eine Landesstudie über die Kosten für einen Glasfaserausbau bis ins Haus aufgegeben. Das Ergebnis waren rund 70 Mrd. Euro, diese für kurzfristiges Handeln als zu teuer eingestuft wurden. Der Bundeswert für ganz Deutschland sei ein Preis in Höhe von rund 150 Mrd. Euro. Die Vectoring-Technik sei eine zukunftsorientierte Übergangslösung bis der Glasfaseranschluss bis ins Haus realisiert werden könne. 100 MB (Anschlüsse im Massenmarkt) im Download und 40 MB im Upload reichen grundsätzlich allen Privat- und Geschäftskunden aus.

Die Stadt sei ebenfalls mit lokalen Vertriebspartner im Gespräch. Die Telekom setze auch auf Händler in und um Landau.



Die Fragen zum Stadtteil Nußdorf sollten individuell angesprochen und Rücksprache mit der Stadtverwaltung gehalten werden.

Der Vorsitzende wandte ein, dass das heutige Ziel ein Zwischenbericht sei, damit der flächendeckende Ausbau starten könne und die Verwaltung Rückendeckung habe. Es werde versucht, mit der Telekom soweit wie möglich zu kommen; ggf. werde an der ein- oder anderen Stelle mit der Fa. Inexio gearbeitet. Auch da solle der Zugang diskriminierungsfrei erfolgen.

Ratsmitglied Dr. Kopf fragte nach, ob der Ortsbeirat Mörzheim gesonderte Information über den Sachstand erhalten könne, da er befürchte, dass die Inanspruchnahme durch die Fa. Inexio im Vergleich zur Telekom einen Nachteil bringen könne. Er bat, den politischen Gremien Handlungsalternativen einzuräumen.

Der Vorsitzende bejahte dies.

Ratsmitglied Wagner betonte, dass in dem vorgesehenen Gesamtausbau keinerlei Kosten für den Glasfaserausbau ins Haus mit einbezogen wurden. Der derzeitige Ausbau würde nicht darauf abzielen, den Ausbau ins Haus vorzubereiten. Die Investitionszahl werde nicht angegangen und in Zukunft würden somit weitere Kosten anfallen.

Der Vorsitzende dankte Herrn Wolf für seinen Vortrag.

Der Hauptausschuss nahm die Information zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Breitbandausbau des Stadtgebietes Landau in der Pfalz durch die Telekom Deutschland GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es sei der damalige Sachstand zusammengefasst worden, mit der Bitte, die Verwaltung durch den Beschlussvorschlag zu bestärken, um einen flächendeckenden Ausbau mit der Telekom zu ermöglichen. Danach könne die Verwaltung nach den Finanzierungsmöglichkeiten für die Flächen schauen, die nicht durch die Telekom berücksichtigt werden. Dies könne sodann mit Unterstützung externen Beraterleistungen erfolgen.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, ob die externen Beraterleistungen kostenneutral seien.

Der Vorsitzende bestätigte dies. Diese seien kostenneutral, da sie Teil von Förderprogrammen seien.

Ratsmitglied Prof. Leiner fragte nach, warum die Fraktion Pfeffer & Salz mit zwei Personen an der Beratung teilnehme.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass Sie Herrn Wagner gebeten habe, das Wort zu führen, da sie zwischendurch wichtige Telefonate führen müsse.

Der Vorsitzende bekundete seine diesbezügliche Registrierung. Da die Einladung zu diesem Thema an alle Ratsmitglieder gesandt wurde, habe er Herrn Wagner an der Beratung teilnehmen lassen. Er gehe davon aus, dass nur eine Person aus der Fraktion abstimme.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig mit 16 Ja-Stimmen nachfolgendem Beschlussvorschlag zu:

Die Telekom Deutschland GmbH (im Folgenden Telekom genannt) wird im Jahr 2016 die Breitbandversorgung durch Einführung der Vectoring-Technik („Fibre-To-The-Cube“) im Stadtgebiet Landau deutlich ausbauen.

In diesem Zusammenhang bekräftigt der Hauptausschuss die Verwaltung in dem Vorhaben, das Breitbandnetz auch in den Stadtgebieten, die nicht von der Telekom erschlossen werden, schnellstmöglich auszubauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte hinsichtlich der Kooperation mit der Telekom einzuleiten.

Für nicht zum Ausbau vorgesehene Gebiete sind durch die Verwaltung die Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten und den städtischen Gremien darzulegen. Parallel hierzu sollen durch die Verwaltung zur Erarbeitung eines Breitband-Masterplans externe Beraterleistungen im Rahmen des Bundesförderprogramms zum Breitbandausbau herangezogen werden. Die Beraterleistungen sind in voller Höhe förderfähig. Hierzu sind die Gremien nochmals separat zu informieren.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Ausweitung der Außenbewirtschaftungszeiten von 14. Mai bis 17. September 2016 an Samstagen und vor Feiertagen bis 24 Uhr



Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 4. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Verwaltung habe einen rechtlich geprüften Alternativvorschlag zum Antrag erarbeitet, dieser der Rechtslage entspreche.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2015 beinhalte die Ausdehnung der Außenbewirtschaftungszeiten von Mai bis September 2016 an Frei- und Samstagen bis 24 Uhr.

Der Vorschlag der Verwaltung zum Antrag sei es, die Verlängerung der Außenbewirtschaftungszeiten im Rahmen eines Modellversuchs von einem Jahr vorerst an Samstagen und vor Feiertagen bis 24 Uhr zu ermöglichen. Aus den erhaltenen Erfahrungswerten könne man dann zum Jahresende 2016 erneut entscheiden, wie weiter verfahren werde.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass in der Bevölkerung unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Die Fraktion habe in ihrer Sitzung ausgiebig diskutiert. Er befürworte die vorgeschlagene Verfahrensweise und schlage vor, je nach Verlauf erneut zu entscheiden und ggf. nachjustieren.

Ratsmitglied Vogler befürworte ebenfalls den Alternativvorschlag der Verwaltung. Er würde viele jungen Menschen gerecht werden. Sie möchte jedoch erwähnen, dass mittlerweile auch viele Arbeitnehmer sonntags arbeiten. Dennoch sei es vertretbar, die Außenbewirtschaftungszeiten an Samstagen und vor Feiertagen bis 24 Uhr auszuweiten.

Ratsmitglied Hartmann erklärte sich mit dem Kompromiss einverstanden. Es sei eine notwendige Maßnahme. Er bat, bei der Auswertung nicht nur die Beschwerden, sondern auch die glücklichen Gastronomen zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Freiermuth befürworte ebenfalls den sinnvollen Kompromiss. Aufgrund der Wetterlage könne dies auch nicht jede Woche in Anspruch genommen werden.

Ratsmitglied Dr. Migl bedauere, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Kompromiss der Verwaltung eingehe. Sie befürworte den Antrag.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt stimmt der Hauptausschuss einstimmig mit 16 Ja-Stimmen nachfolgendem Beschlussvorschlag zu:

Auf Antrag können die Zeiten der Außenbewirtschaftung von 14. Mai bis 17. September 2016 an Samstagen und vor Feiertagen bis 24 Uhr ausgeweitet werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ausweitung der Sondernutzung für Außenbewirtung

Auf den TOP 4 wird verwiesen.

Ratsmitglied und Antragsteller Hartmann fand sich mit dem Kompromiss der Verwaltung im Rahmen des TOP 4 einverstanden und zog seinen Antrag zurück.

Der Antrag wurde zurückgenommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Bericht zur Arbeit des Zweckverbandes Eurodistrict PAMINA durch Herrn Dr. Harster und Herrn Siebenhaar

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Harster (Geschäftsführer) sowie Herrn Siebenhaar (Referent) des Zweckverbandes Eurodistrict Regio Pamina. Die Initiative der Einladung zur Berichterstattung erfolgte aufgrund dem Interesse der Ratsmitglieder über die Arbeit und Finanzierung des Zweckverbandes Eurodistrict Pamina. Der Paminabereich sei für die grenzüberschreitende Arbeit von Bedeutung und sollte beibehalten werden. Er übergab das Wort an Herrn Dr. Harster sowie Herrn Siebenhaar.

Herr Dr. Harster berichtete, dass der Bereich Pamina eine Bündelung von drei Teilräumen zwischen dem Nordelsass, der Südpfalz und der Region Niederrhein für rund 1,7 Mio. Einwohner sei. Hiervon seien es aus Frankreich lediglich 3.000 Einwohner. Das System funktioniere nur, wenn es einen Ausgleich zwischen den drei Teilräumen gäbe. Das bewährte System Pamina sei fast 30 Jahre alt. Einen neuen Schwung würde es durch die Umwandlung zum EVTZ geben. Hierbei sei die geänderte Kommunalpolitik in Frankreich zu beachten. Das Nordelsass gehöre zu einer großen Region, diese bis zu einem Vorort von Paris ginge. Es herrsche eine Netzwerkarbeit für Frauen, Senioren sowie unter anderem der Jugend. In der Aufgabenbündelung stelle beispielsweise die Zweisprachigkeit eine schwierige Aufgabe dar. Derzeit werde auch im ÖPNV grenzüberschreitend gearbeitet. Die anderen Fragen seien im Bereich des Arbeitsmarktes (Berufstätigkeit, Ausbildung, grenzüberschreitende Ausbildung, Problem der Arbeitslosigkeit, Mobilität) sowie verschiedenen möglichen Projekte wie beispielsweise im Umwelt-, Sozial und Gesundheitsbereich zu bearbeiten. Gemeinsame Projekte der Partnerstädte seien im Blick zu behalten, wie beispielsweise zwischen Landau und der Partnerstadt Haguenau. Seit dem Jahr 1991 bestehe eine Bürgerberatung des Eurodistricts. Diese werde pro Jahr von rund 3.000 Bürgern (je 50 % von Franzosen und Deutschen) genutzt. Es sei kein Ende in Sicht, da immer wieder neue Gesetze geschaffen werden. Eine andere Kompetenz des Eurodistricts sei die „vis à vis“ Stelle im Tourismusbereich, die ebenfalls begleitet werde und wichtig für den ländlichen Wirtschaftsfaktor sei.

Herr Siebenhaar erläuterte, dass er seit 2008 bei Eurodistrict beschäftigt sei. Er sei einer von vier Referenten, die für verschiedene Themenbereiche (Umwelt und Sport / Kultur, Jugend und Raumplanung / Verkehr / Wirtschaft, Soziales und Tourismus) zuständig seien. Er sei für Europa und Netzwerke (Europa = europäische Fördermittelpolitiken sowie Fördermittel, etc.) zuständig, insbesondere für das Interreg A Programm in der fünften Programmperiode. In den verschiedenen Gremien werde seine Anwesenheit gefordert, in der er die Belange des Eurodistricts bei den Sitzungen mit einbringe. Im Dezember sei die letzte Sitzung des Begleitausschusses gewesen, die beispielsweise ein Projekt der Universität Landau beinhaltete.

Des Weiteren sei er Ansprechpartner und Erstberatungsstelle für Fragen, Entwicklung zu Projekten der Programmbehörde sowie zur Kontaktherstellung. Er verwies auf andere Programme, insbesondere die Zusammenarbeit mit der ESF-Behörden (Europäische Sozialfonds Behörden). Er vertrete die Interessen bis nach Brüssel und pflege entsprechende Kontakte zur Generaldirektion bis zur Hinwirkung, dass die Verordnungen so verfasst werden, dass der Eurodistrict ein Nutzen davon ziehe. Aus dem Kleinprojektfonds habe beispielsweise auch das 50-jährige Jubiläum zwischen Landau und Haguenau partizipiert. Der Pamina habe sich mit anderen Eurodistricts zusammengeschlossen und erfolgreich für diese Kleinfonds gekämpft.

Der Vorsitzende dankte für die Berichterstattungen und verwies auf den übersandten Tätigkeitsbericht des Zweckverbandes Eurodistrict Pamina. Er bat um Kontaktvermittlung bei entsprechenden Anknüpfungspunkten.

Ratsmitglied Lerch sagte, dass Pamina ein Begriff in der Bevölkerung sei. Auf der praktischen Seite würde für entsprechende Projekte eine hohe Summe an EU-Gelder fließen. In dieser Liste sei Landau nicht auf der TOP Rangliste, vermutlich aufgrund fehlender Angebote. Er fragte nach, ob eine



regionale Verteilung als Kriterium gelte und ob die Möglichkeit an Geldfluss bestünde, wenn Projekte angegangen werden würden wie z.B. für den Zoo, die Stadtbibliothek. Man müsse versuchen, Projekte zu veranschlagen und Genehmigungen zu erlangen.

Herr Dr. Harster erwiderte, dass seit dem Jahre 1993 in diesem Raum 150 Mio. Euro von Brüssel geflossen seien. Projekte an der Grenze wie beispielsweise Bad Bergzabern mit der Partnerstadt Wissembourg seien einfacher durchzubringen bei der Argumentation gegenüber der EU. Es müsse ein Partner mit entsprechendem Projekt vorhanden sein. Der Eurodistrict sei bemüht, nach gemeinsamen Projekten Ausschau zu halten. Mit dem EVTZ wäre eine neue Argumentationsmöglichkeit vorhanden.

Herr Siebenhaar ergänzte, dass die Kreativität ein wichtiges Argument sei. Viele Mittel würden tendenziell in den Süden des Oberrheins fließen, verstärkt sei die Zusammenlegung der Programmgebiete. Der Kontext sei sehr wissenschaftsbasiert, der die Forschung anspricht. Im Norden seien deshalb neue Ideen erforderlich. Er würde für entsprechende Vorschläge zur Verfügung stehen. Die Vorschläge müssen allerdings in eine der Programme passen: Wissenschaft und Forschung, CO2 Reduktion und sanfte Verkehrsmittel sowie Arbeitsmarkt und Zivilgesellschaft. In diesen Themenbereichen würde es sich anbieten, gemeinsame Projekte zu entwickeln. Er stehe für Anregungen zur Verfügung.

Ratsmitglied Demmerle kündigte eine Haftungsfrage zu diesem Thema im Rahmen der Sitzungsvorlage des nichtöffentlichen Teils an.

Der Hauptausschuss nahm die Information zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

Seitens der Ratsmitglieder wurden folgende Fragen gestellt:

1. Ausschöpfung der Fördermittel des Landes für die Landesgartenschau

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass dem Land verschiedene förderfähige Projekte genannt wurden, damit die den zugesagten Förderrahmen ausschöpfen könne. Das Schreiben des Ministeriums lasse vermuten, dass keine weiteren Förderungen mehr fließen werden. Er fragte nach dem Grund der Ablehnung.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die grundsätzliche Verabredung mit dem Land ein Förderrahmen für die LGS von bis zu 27 Mio. Euro gewesen sei. Als städtischer Anteil waren 8 Mio. Euro vorgesehen. Insgesamt (nach derzeitigem Abrechnungsstand) werden ca. 26 Mio. Euro Landesanteil fließen; 8,5 Mio. Euro sei der städtische Anteil. Die Stadt sei mit 500.000 Euro zusätzlich belastet, da die Sporthalle am Ebenberg nicht vollständig gefördert wurde. Der frühere Oberbürgermeister Schlimmer habe die Landesregierung im November 2015 angeschrieben, um auf die nicht ausgeschöpfte ursprünglich maximale Fördersumme hinzuweisen. Den Brief habe Herr Dr. Griese (MULEF) im Januar 2016 beantwortet und mitgeteilt, dass er zurzeit keine Möglichkeit sehe, weitere Maßnahmen in eine Förderung mit einzubeziehen.

Es sei allerdings anzumerken, dass noch keine Abschlussabrechnung erfolgte, weshalb evtl. noch Möglichkeiten vorhanden seien.

Herr Messemer ergänzte, dass u.a. drei Maßnahmen (Brücke Ost, Bahnhofsteil Süd, Verkehrskreisel LD-Zentrum) vom ISIM in Höhe des Höchstsatzes (19 Mio. Euro) gefördert werden und endgültig abzurechnen sind. Im zweiten Schritt sei die Umsatzbesteuerung noch zu berücksichtigen, bei dieser noch Gespräche am Laufen seien. Auf die Stadt kämen bei Schlussbesteuerung im Rahmen der Übertragung noch Kosten zu, diese mit dem Finanzamt aufgrund des Restwertes abgerechnet werden müssen. Die Umsatzsteuererklärung wurde mit der LGS und der Finanzverwaltung vorbereitet und liege dem Finanzamt mittlerweile vor. Auf alle Maßnahmen - mit Ausnahmen die des ISIM - wird das MULEF eine entsprechende Förderung gewähren. Man müsse die Endabrechnung abwarten. Im Vergleich zu Bingen sei die Stadtverwaltung Landau mit dem Abrechnungsverfahren sehr weit fortgeschritten.

Ratsmitglied Lerch hakte nach, ob die Ausschöpfung der Fördermittel durch das Land derzeit noch unklar sei.

Herr Messemer bejahte dies. Bei der konkreten Umsetzung seien immer die Einzelmaßnahme und das Ressortprinzip zu beachten. Zu erwähnen sei, dass im Rahmen der Förderungen für Infrastrukturmaßnahmen durch das ISIM Kostenüberschreitungen stattfanden. Fraglich ist hierbei, ob bei diesen Maßnahmen Nachbewilligungen möglich sei.

Der Vorsitzende wandte ein, dass das Ressortprinzip beibehalten wurde und dies die Schwierigkeit darstelle. Derzeit sehe das Umweltministerium keine Möglichkeit für bereits abgerechnete Maßnahmen. Dieses verweist auf das ISIM im Rahmen von evtl. Fördermöglichkeiten.

2. Straßenbauprojekte, insbesondere Umbau der Horstbrücke

Ratsmitglied Morio fragte nach, ob bei den Planungen der Straßenbauprojekte für 2016 der Umbau der Horstbrücke berücksichtigt wurde.



Bürgermeister Hirsch erwiderte, dass dies im Haushalt und in der Finanzplanung berücksichtigt wurde. Für 2016 seien 100.000 Euro Planungs- und Ausschreibungsmittel angedacht; für 2017/2018 Planungsmittel für die Umsetzung in Höhe von 2,4 Mio. Euro. Die Planungen seien am Laufen; die Zustimmung des Rechnungshofes fehle allerdings noch. Baubeginn sei nach Zustimmung im Jahre 2017/2018 vorgesehen.

3. Flüchtlingsunterkünfte

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach der derzeitigen Anzahl der Flüchtlinge in Landau und wie viele Personen in den Containern untergebracht seien.

Der Vorsitzende erwiderte, dass derzeit mit steigender Tendenz rund 630 zu betreuende Flüchtlinge in Landau seien. Die Stadt sei weiterhin auf Wohnungsangebote angewiesen. Der Stadtvorstand werde jeden Montag über die aktuelle Lage informiert. Derzeit sei noch Wohnraum für 100 Flüchtlinge am Markt vorhanden. Hinzu kämen die Räumlichkeiten des „Schwanen“ in Dammheim. In den Containern sei bisher nur eine Familie untergebracht. Bis zu 38 Plätze seien dort mit voller Wohnqualität verfügbar.

Der Hauptausschuss nahm die Informationen zur Kenntnis.



Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 16. Februar 2016 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 48.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Kristina Bollinger
Schriftführer

(entschuldigt)
Rudi Klemm
Beigeordneter